

Volksrecht

für Schlesien

wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen: Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweig-Expeditionen: Nele 11, Wallystr. 140, sowie durch alle Anzeigenstellen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 1 Pfennig, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsgesellschaft und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Zersendungs-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5832

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf., auswärts 12 Pf., Anzeigen unter 10 Zeilen 7 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleihen, Vermählungen und Wohnungsangelegenheiten 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vorabends 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Das Ergebnis von London.

Sicherheitspaktkonferenz der Außenminister Ende September. Stresemann wird eingeladen — aber er soll nicht allein gehen.

Die beendeten Londoner Besprechungen zwischen den Außenministern der Auswärtigen Ämter Frankreichs, Belgiens, Deutschlands, Belgiens und Italiens war notwendige Etappe auf dem Wege zum Abschluss des Sicherheitspaktes. Denn durch das geplante Sicherheitspaktmanöver wurde eine ganze Reihe von Fragen des internationalen Rechts aufgeworfen, die so kompliziert sind, sie nur durch Spezialisten des Völkerrechts geklärt werden könnten. Das galt insbesondere für die verschiedenen Garantiesysteme, die von den einzelnen Kabinetten ausgearbeitet wurden je nach den Wünschen der einzelnen Mächte. Das Bestreben Frankreichs ging dahin, auch im Falle des Abchlusses eines Garantiepaktes im Westen sowie besondere Schiedsgerichtsverfahren zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn, seine bisherige Rolle als Schutzpatron Polens und Litauens in möglichst unveränderter Form zu spielen und zu diesem Zwecke eine bevorzugte Sonderrolle zu spielen und zu diesem Zwecke eine bevorzugte Sonderrolle zu spielen. Das Bestreben Englands richtete sich gegen solche Bestrebungen, zugleich aber wünschte es, wegen des Sicherheitspaktes in jedem Falle in kontinentale Streitigkeiten verwickelt zu werden. Das Bestreben Deutschlands war, eine besondere Garantierolle Frankreichs zu verhindern, gleichzeitig aber England möglichst eng an die Garantiebündnisse des Paktes zu binden.

Es ist nun während der zweiten Hälfte des August, ist zuletzt dank der Vermittlung Vanderveldes, gegen Formeln zu finden, die geeignet wären, nicht die Wünsche Frankreichs und Englands zu befriedigen, sondern auch die Bedenken Deutschlands zu zermahlen. Danach würde Frankreich auf eine besondere Garantierolle verzichten müssen, dafür aber würde es mehr im Belieben Englands stehen, ob es im Falle Streitigkeiten auf dem Kontinent sich aktiv oder passiv verhält. Der ganze Garantiepakt würde in weitestem Maße dem Völkerbund unterstellt werden, was auch für Deutschland eine Garantie dagegen liegen würde, daß Frankreich besondere Schiedsrichterbefugnisse erlangen würde, die im Falle eines Konfliktes mit Sowjetland auf eigene Faust sein Durchmarschrecht präzisieren.

Die Klärung dieser außerordentlich schwierigen Fragen mußte vor jeder politischen Konferenz der Außenminister erfolgen und sie mußte den juristischen Männern vorbehalten bleiben. Nach übereinstimmenden Meldungen scheinen die Londoner Juristenkonferenzen, wenn nicht zu einer reiflichen Einigung, so zu einem befriedigenden Abschluß geführt zu haben, der den Weg zu einer politischen Konferenz nunmehr frei dürfte. Von deutscher Seite wird noch immer erklärt, die Angelegenheit sei noch nicht so weit, erst müsse das Reichsamt den Bericht des Ministerialdirektors Gaus — der Deutschland auf der Juristenkonferenz vertreten hat — ehe man sich zu weiteren Schritten entscheiden könne. In Wirklichkeit nehmen die Dinge einen programmatischen Verlauf, genau so, wie man sie schon den Kanzleien Europas inoffiziell längst verhandelt hat. Die Idee einer Juristenkonferenz war nur ein französischer Ursprung, in Wirklichkeit entspricht sie durchaus den Wünschen der Wilhelmstraße. Die geplante Ministerkonferenz entspricht vollkommen dem Wunsch Dr. Stresemanns, der ebenso sehr den Abschluß des Sicherheitspaktes erstrebt wie Briand und Chamberlain. Allein mit Rücksicht auf die deutschen Nationalen, die sich noch immer nicht entschließen können, ihren Wählern wahrheitsgemäß einzugestehen, daß es seit dem deutschen Angebot im Februar ein Jurist für Deutschland nicht mehr gibt, will man nach außen hin so tun, als bestünde Deutschland noch immer volle Handlungsfreiheit. In Wirklichkeit wird die Ministerkonferenz wahrscheinlich schon im September stattfinden und die einzige noch offene technische Frage ist die, ob es eine eingetragene Konferenz der Außenminister allein oder eine größere Konferenz mit Premierministern nach dem Muster der Londoner Konferenz vom Sommer 1924 sein wird. Da

die Deutschnationalen in ihrem Haß gegen Stresemann eine Zusammenkunft der Außenminister allein verhindern möchten, haben sie den Reichstanzler Luther mobil gemacht, der selbst nichts Schlimmeres wünscht, als wieder einmal als der wirkliche „Führer“ Deutschlands in Erscheinung zu treten. Uns soll es recht sein. Wir können uns sogar nichts Besseres wünschen, als daß auch Herr Schiele an der kommenden Sicherheitspaktkonferenz teilnimmt und durch seine Unterschrift unter den Pakt die freiwillige Anerkennung der neuen deutschen Westgrenzen, also den spontanen Verzicht auf Elsaß-Lothringen, wie er am 9. Februar 1925 vom Kabinett Luther bereits angeboten wurde, im Namen der Deutschnationalen unterschreibt.

Stresemann wird eingeladen.

Die Außenminister der alliierten Regierungen haben grundsätzlich beschlossen, Herrn Stresemann Ende September offiziell zu einer Konferenz einzuladen. Dieser Entschluß wurde durch die günstigen Berichte über den Verlauf der Londoner Juristenkonferenz herbeigeführt. Hurst, Collin und Fromagot werden heute zur Berichterstattung in Genf erwartet. Der Text der Einladung an Stresemann wird in Zusammenarbeit mit den Juristen festgesetzt werden. Die Note wird wahrscheinlich am Dienstag schon nach Berlin abgehen. Uebrigens bestätigt sich, daß Mussolini angeboten hat, die Konferenz auf italienischem Boden stattfinden zu lassen. Man muß deshalb mit der Möglichkeit rechnen, daß die Konferenz in einer kleinen norditalienischen Stadt stattfinden wird.

Über er geht nicht allein.

Zu der bevorstehenden Ministerkonferenz der Vermittlung des Sicherheitspaktes soll und will anscheinend der deutsche Außenminister Dr. Stresemann nicht allein sich den alliierten Ministern gegenüberstellen. Denn nur so sind die auffallenden Ausführungen zu verstehen, die am Sonntag die „Tägliche Rundschau“, das Organ Stresemanns, in einem Leitartikel machte. Da heißt es: „So selbstverständlich wie es in anderen Ländern ist, daß der Außenminister die Politik seines Volkes auch vor dem Zustand vertritt, so wenig selbstverständlich und zureichend ist das in Deutschland, wo die Außenpolitik noch ganz im Banne der Partei- und Fraktionspolitik steht. Man mag diese Verhältnisse bedauern, aber man muß ihnen Rechnung tragen. Wir würden es daher begrüßen, wenn die Einladung der alliierten Minister nicht nur an den deutschen Außenminister, sondern auch noch an einen oder zwei andere Mitglieder des Kabinetts, vielleicht den Reichstanzler Luther und den Reichsinnenminister Schiele, gerichtet würde.“

Der Abschluß des Friedenskongresses.

Der 24. Internationale Friedenskongress hat am Sonntag mit einem feierlichen Bankett seinen Abschluß gefunden. Die letzte Sitzung des Kongresses zeichnete sich durch eine besonders lebhaft diskutierte Diskussion aus, wobei vor allem die Gegenüber in der Kolonialfrage und bei dem Entwaffnungsproblem stark aufeinanderprallten. Der Kongress hat in zahlreichen Entschlüsse seine Forderungen niedergelegt. Erwähnt sei die Entschloßung der Kolonialfrage, die den Völkerbund auffordert, die Lösung des Marokkopproblems sowie der übrigen Kolonialkonflikte in seine Hand zu nehmen. Eine besondere Kommission soll zur Prüfung dieser Probleme bei dem Internationalen Friedensbündnis ins Leben gerufen werden. Auch zum Problem der Internationalen Wirtschaftsorganisation hat der Kongress Stellung genommen und sich zugunsten einer internationalen Regierung der wichtigsten wirtschaftlichen Fragen wie Verteilung der Rohstoffe, Arbeiterwanderung, Aufteilung der Absatzmärkte usw. ausgesprochen. Die wirtschaftliche Annäherung der europäischen Staaten soll gefördert werden. Der Friedenskongress richtet an den Völkerbund die Aufforderung, diese Forderungen auf seine Tagesordnung zu setzen. Bei der Aussprache über das Entwaffnungsproblem tratenshaftige Gegensätze hervor. Zwei Entschlüsse standen einander gegenüber. Die eine forderte die Anerkennung von gewissen Bedenken als gültigen Grund der Verweigerung des Waffensstillstandes und Streikfähigkeit für Fahnenflucht. Dieser Entschluß trat Ferdinand Buisson, der Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte, entgegen. Er forderte zwar auch die Abschaffung der Waffensstillstände, wies aber daraufhin, daß der Kongress nicht die Pflicht zur Ausschaffung gegen die Gelehrten auf sich zu nehmen hätte. Infolgedessen müsse die Waffensstillstände so lange erfüllt werden, als die Gelehrten sie fordern noch bestehen. Der Kongress hat schließlich die Entschloßung von Ferdinand Buisson mit 194 gegen 144 Stimmen sich zu eigen gemacht.

Parteitag des badischen Zentrums.

Dem Parteitag des badischen Zentrums, der am Sonnabend und Sonntag in Offenburg zur Vorbereitung der Landtagswahlen stattfand, war der Stempel aufgedrückt durch die Erörterung des Schrittes von Dr. Wirth. Wirth selbst sowie der Parteivorstand Marx waren zugegen, während der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Fehrenbach durch Abwesenheit glänzte. In einer Sitzung, die über fünf Stunden dauerte, erörterte das Zentralkomitee der badischen Zentrumspartei unter dem Vorsitz des badischen Parteiführers Prälat Schöfer den Austritt Wirths aus der Reichstagsfraktion. Nach einem einleitenden Referat Schöfers begründete Wirth eingehend seine Haltung. Darauf entspann sich eine längere Aussprache, die ihre Bedeutung durch die Ausführungen des Parteivorstandes Marx erhielt. Er erklärte, daß es den drei Parteien der Weimarer Koalition, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zu danken sei, wenn noch ein einiges Reich bestünde. Diese drei Parteien hätten in der Zeit der höchsten Not nicht nur kritisiert, sondern am Aufbau gearbeitet. Wirthlich sagte Marx: „Wie die Deutschnationalen, in den Jahren ihrer Opposition das Volk belogen und betrogen haben, ist unerhört. Ist jetzt vielleicht die Note zur Kriegsschuldfrage erlassen worden, deren Unterzeichnen der Regierung Marx als Landeserrat angekreidet worden war?“ Im übrigen betonte Marx, das Zentrum werde dafür sorgen, daß sich die Reichsparteien nicht in der letzten Minute vor der Entscheidung am Sicherheitspakt und Eintritt in den Völkerbund der Verantwortung entziehen. Die Einstellung führender Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion zum Sicherheitspakt bezeichnete er als staatsgefährlich. Marx schloß seine Ausführungen mit einem unzweideutigen und mannhaften Bekenntnis zur Weimarer Verfassung.

Vollstes Verständnis brachten in der Aussprache die beiden Abgeordneten Dieck und Eising den Schritten Wirths entgegen. Von keiner Seite war irgendwie ein Mißtrauensantrag gegen Wirth eingebracht worden. In einer Entschloßung wurde dann der Wunsch ausgesprochen, daß Dr. Wirth tunlichst bald wieder in die Zentrumsfraktion des Reichstages zurückkehre. Gleichzeitig wird aber der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Voraussetzungen für diese Rückkehr in die Reichstagsfraktion geschaffen werde und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß ein allgemeiner Reichsparteitag einberufen wird.

Am Sonntag hatte Dr. Wirth Gelegenheit, vor dem Gesamtparteitag der badischen Zentrumspartei die Gründe für seinen Austritt aus der Reichstagsfraktion ausführlich darzulegen. Er sprach sich dabei offen für die Rückkehr zur Weimarer Koalition aus und gab als Gründe für seine Haltung seine Unzufriedenheit mit der Außenpolitik und der Sozialpolitik der Reichsregierung und seine Sorge um die republikanische Staatsform an. Nach Dr. Wirth sprach Marx, der versicherte, daß die Republik nach der Wahl Hindenburgs fester stehe, denn je. Auch alle Voraussetzungen über die Wahl Hindenburgs für die Außenpolitik seien nicht in Erfüllung gegangen. Er versicherte, daß er als Parteivorstand unbedingt darauf bestehen werde, daß in der engen Verbindung des Zentrums mit der Regierung keine Veränderung eintrete. Die Reichstagsfraktion, so betonte Marx, könne einen Mann wie Dr. Wirth, der zahlreiche Freunde in ihren Reihen habe, nicht entbehren. Der Parteitag machte sich dann die vom Zentralkomitee vorgelegte Entschloßung zu eigen. Dr. Wirth hat am Sonntag abend dann seine schon längst beabsichtigte Reise nach Amerika angetreten.

Bayerische Volkspartei und Zentrum.

„Heute sind die Deutschnationalen unter Hindenburg und Luthers Führung an der Regierung. Heute machen sie genau Erfüllungspolitik wie Erberger, Wirth und Marx und beweisen somit, daß im heutigen Deutschland nationalstiftliche Phrasen nur so lange gelten, als man keine Verantwortung zu tragen hat.“ Diese Sätze sind nicht etwa an einem Zeitblatt erschienen, sondern stehen in einer Denkschrift, die oberfränkische katholische Geistliche an die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei gerichtet haben. Die Denkschrift wendet sich scharf gegen die Duldung der nationalstiftlichen Bewegung und des Hüller-Puffkes durch die Bayerische Volkspartei und wünscht eine Beseitigung der Trennung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei durch Bildung einer Arbeitsgemeinschaft beider Parteien.

Der Maslow-Projekt.

Am Sonnabend wurde im Maslow-Projekt endlich in die Jugenderneuerung eingetreten. Mehrere Kriminalbeamte legen über die Fundstelle der beschlagnahmten Schriftstücke und die letzte Besetzung Maslows aus. Maslow hatte einen fahnenhaften Namen, aber sonst keinen richtigen Namen an. Die von Maslow-Projekt bekannte Stenographin Johanna lernte alle Angewandten von ihrer Tätigkeit in der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg kennen, kann sich aber auf nichts mehr bestimmen. Ebenso gelang es der Zeuge Schloßer nicht, bei dem für diesen Prozeß angeforderten Material gefunden wurde. Auf mehrere Zeugen darunter den zum Tode verurteilten Dörmel, dem Leiter der Reichsanwalt-Zeuge Landesgerichtsdirektor Beyer hatte die Staatsanwaltschaft und Professor Maslow unbekanntes Material liegen. Sie wurden von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und nach zum Gegenstand einer erweiterten Anklage gemacht. Landesgericht

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 36



Am 18. Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, wichtige Versammlung im Volk-Ausgang...

Breslauer Nachrichten

Breslau, 7. September.

Ist das gemeinnützig?

Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: Gemeinnützig bauen — heißt auf eigene Vorteile verzichten...

gemartet werden würde. Vorläufig ist über eine Veränderung der Fleischpreise noch nichts zu berichten...

Butter, Käse und Eier, Nichtauszeichnung von Waren, sowie über Leistungswucher jeder Art...

40 jähriges Bestehen des Radrenn-Vereins.

Aus Anlaß des 40jährigen Bestehens des Radrenn-Vereins fand am Sonntag ein Flieger- und Steher-Rennen...

Parteigenossinnen! Parteigenossen! Heute abend 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses: Wichtige Mitgliederversammlung.

Niemand darf fehlen! Parteimitgliedsbuch oder Karte ist an der Türkontrolle vorzuzeigen.

außerordentlich groß. In Bündeln zu 38 und 90 Pf. werden diese wohlschmeckenden Tiere massenhaft verkauft...

Am Sonnabend abend fand aus Anlaß des 40jährigen Bestehens des Vereins in den Räumen des Jahrbunderhallens...

Zum Doppelmord in Bischofswalde.

Freitag nachmittag fand in Bischofswalde in der Nordische Rosen ein Lokaltermin statt, der durch den Untersuchungsrichter...

Kündigung oder nur Aussetzen?

Ueber diese Frage herrscht Meinungsverschiedenheit zwischen Frä. M. und ihrem Arbeitgeber, Herrn Medawer...

Kochplatte „Lissy“ als Preis

bietet eine Firma Müller aus Braunschweig auch solchen Personen durch gedruckte Postkarte an...

Im Herbst.

Herr Hindenburg geht auf die Wiese. Er jagt die Sau, er jagt den Hirsch, Er schießt auch Hasen, Fühner, Wachteln...

Schwarz-weiß-roter Unfug in der Schule.

Aus Kasperkreisen wird uns geschrieben: Manche Leute haben noch nicht begriffen, daß die Schule...

Tätigkeit der Preisprüfungsstelle.

Am 7. August fand bei der Preisprüfungsstelle, Büchergäßchen 67, Herrspracher 40 271-73, 22 Beschwerden von Privatpersonen...

Die Heimgat hat noch in der Papiermarktzeit die Bauten rechnet, die Siedler zum Kauf aufgefordert, die Antragsteller...

allein an Hypotheken ein vielfaches der Herstellungslosten. Diese Summen sollen während mit 8 Prozent verzinst und...

Dem Lebensmittelmarkt.

Das Preussische Ministerium des Innern verkündet dem, daß es sich mit sofortigen Maßnahmen für einen Preis...

